

**These 1: Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der Ausbeutung von Natur und Mensch insbesondere in den Ländern des globalen Südens (Erdschöpfungstag, ökologischer Fußabdruck, Einkommensverteilung).**

Deutschlands materieller Wohlstand und Erfolg in der globalen Wirtschaft dürfen nicht länger auf der Ausbeutung von Mensch und Umwelt aufbauen. Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört deshalb zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir haben die Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 ebenso wie die Ziele des Klimaabkommens von Paris zur Richtschnur deutscher Politik gemacht. Mit dem Klimaschutzgesetz, dem Klimaschutzprogramm und vielen Maßnahmen im aktuellen Konjunkturprogramm haben wir bereits die Weichen gestellt, um unsere Wirtschaft bei der Umstellung auf zukunftsfähige Technologien zu unterstützen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu forcieren und unser Mobilitätssystem nachhaltig umzubauen. Deutsche und europäische Unternehmen sind jedoch auch weltweit verflochten, ihre Prozesse und Produkte und stehen in Wechselbeziehungen zu ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in anderen Staaten. Darum arbeitet Olaf Scholz mit seinen Kolleginnen und Kollegen in anderen Industrie- und Schwellenländern an einen „Klima-Club“, einem internationalen Zusammenschluss von Staaten, die beim Klimaschutz vorangehen wollen. Es sollen gemeinsam technologische Lösungen entwickelt und faire Klimaschutz-Regeln für den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen vereinbart werden.

Nicht nur die Ausbeutung der Natur muss jedoch ein Ende haben. Wir wollen faire, existenzsichernde Löhne und gute, menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil für Unternehmen sein. Deswegen haben wir in dieser Legislaturperiode mit dem Lieferkettengesetz durchgesetzt, dass in Deutschland tätige Unternehmen die Einhaltung der Menschenrechte entlang ihrer Lieferkette prüfen und wirksame Schritte zur Prävention gegen Verstöße und Abhilfe ergreifen müssen. Nur wenn die Menschen- und Arbeitnehmerrechte für Produkte, die wir in Deutschland kaufen können, bei der Herstellung vor Ort eingehalten werden, können wir den Beschäftigten entlang der internationalen Lieferketten zukunftsfähige Perspektiven schaffen und ihnen ein Leben in Würde in ihrer Heimat ermöglichen.

**These 2: Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der bisher weitgehend unkontrolliert abgelaufenen Globalisierung müssen stärker in den Blick genommen werden. Das mit Mühen verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz kann nur ein erster Schritt sein und darf weder das geplante weitreichendere EU-Gesetz noch den UN-Treaty-Prozess <<https://www.globalpolicy.org/de/un-treaty>> behindern (UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte).**

Eine einheitliche und wirkungsvolle Regelung auf europäischer und letztendlich internationaler Ebene ist unser Ziel und wir unterstützen weitergehende Regelungen auf diesen Ebenen – wie wir uns auch weitergehende Regelungen auf nationaler Ebene gewünscht hätten. Doch wann eine Einigung auf europäischer Ebene erzielt werden kann und wie diese aussehen wird, können wir noch nicht abschätzen. Jemand muss deshalb schon jetzt vorangehen - und das sind wir. Das nationale Lieferkettengesetz ist ein großer Erfolg der SPD. Wir werden es konsequent weiterentwickeln und ein Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelter Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen, sanktionsbewehrten Regeln. In allen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen der EU werden zukünftig neben verbindlichen sozialen Standards auch konkrete Beschwerde- und Sanktionsmechanismen vereinbart. Private Streitschlichtungsmechanismen sollen durch öffentliche Gerichte ersetzt werden. Wir wollen ein multinationales Investitionsgericht, das bei Diskriminierung eingreift.

**These 3: Gerechte Handelsbeziehungen und faire Investitionsabkommen müssen in den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen, angepasste Arbeitsplätze schaffen und Binnenmärkte stärken. In Deutschland bedarf es einer kohärenten Entwicklungspolitik (Fluchtursachen, existenzsichernde Mindestlöhne, Kapitalverkehrskontrollen).**

Mit klaren Regeln in der Handelspolitik können wir Globalisierung gerechter gestalten. Wir werden die Instrumente der Handels- und Investitionspolitik modernisieren – vor allem mit Blick auf Nachhaltigkeit und die Durchsetzung gemeinsamer multilateraler Regeln – und uns für eine Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen. Hierfür werden wir das Regelwerk erweitern, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen einbeziehen sowie die Durchsetzungsmöglichkeiten verbessern.

Die Handelspolitik muss dazu beitragen, dass die Entwicklungschancen ärmerer Länder verbessert werden. Dafür ist entscheidend, dass kein unangemessener Liberalisierungsdruck im Rahmen von Wirtschaftspartnerschafts- und sonstigen Handelsabkommen ausgeübt wird, sondern den Entwicklungsländern weiterhin Schutzmöglichkeiten für ihre im Aufbau befindlichen Industrie- und Dienstleistungssektoren und den für die Ernährungssicherung wichtigen Landwirtschaftssektor in den ländlichen Räumen erhalten bleiben. Wir brauchen einen fairen Marktzugang in die EU, der gleichzeitig an die verbindliche Einhaltung von international anerkannten Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen geknüpft ist. Nur so können reale Verbesserungen in den Ländern eintreten. Industriestaaten als Handelspartner müssen jegliche Unterstützung leisten, die notwendig ist, um diese Standards wirksam umzusetzen und einzuhalten. Gleichzeitig dürfen Handelsvereinbarungen zwischen Industriestaaten nicht dazu führen, dass Drittstaaten der Marktzugang massiv erschwert wird und sie vom Welthandel faktisch ausgeschlossen werden.

Entwicklungszusammenarbeit ist immer Fluchtursachenbekämpfung, weil sie Länder dabei unterstützt die Lebensgrundlagen ihrer Bevölkerung nachhaltig und systematisch zu verbessern. Die humanitäre Hilfe ist und bleibt daher ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Außenpolitik. Angesichts des steigenden Bedarfs haben wir die Mittel in den vergangenen Jahren gezielt ausgebaut. Deutschland ist zweitgrößter Geber humanitärer Hilfe weltweit. Dies beginnt bei Rechtstaatlichkeit und funktionierender öffentlicher Verwaltung und reicht über Bildung, Gesundheitsvorsorge, gesichertem Zugang zu öffentlichen Gütern wie Wasser und Boden bis hin zu Beschäftigungsförderung und der Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Um die sich weiter verschärfende Ungleichheit abzubauen, braucht es auch einen neuen umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit. Damit werden Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt, ausreichend eigene Finanzmittel etwa für den Ausbau der Bildungs- und Sozialsysteme zu mobilisieren. Die immer größer werdende Schicht der Reichen in Entwicklungsländern muss genauso zur Steuergerechtigkeit beitragen wie die internationalen Konzerne, die im globalen Süden tätig sind. Die globale Mindeststeuer, ein Erfolg unseres Finanzministers und Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, ist dabei ein historischer Durchbruch für eine gerechtere Besteuerung gerade auch der großen Digitalkonzerne. Auch Steuerhinterziehung und –vermeidung sowie Finanzverkehr zu illegalen Zwecken müssen international bekämpft werden.

**These 4: Die deutsche Wirtschaft überschreitet seit vielen Jahren schon den im EU-Vertrag festgelegten Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses von 6 % des Bruttozialproduktes. Die einseitige Außenwirtschaftsförderung, u.a. die subventionierte Überproduktion in der Landwirtschaft, beschert uns zwar kurzfristig Arbeitsplätze im Inland**

**<<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/experte-wachstum-weltwirtschaft-coronakrise-1.5377738>> - aktuell auch in unserem Landkreis**

**<<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuerstenfeldbruck/betriebe-in-fuerstenfeldbruck>>**

[export-hilft-firmen-aus-der-krise-1.5360868](#)> - , erhöht jedoch die Verschuldung von Ländern, die nicht im Gegenzug ihre Produkte zu angemessenen Preisen liefern oder entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder stärker berücksichtigen.

Die einseitig exportorientierte Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik hat zu den ökonomischen Fehlentwicklungen in der EU beigetragen – hohe Verschuldung und hohe, insbesondere Jugend-, Arbeitslosigkeit in anderen Ländern der EU. Dafür verantwortlich sind aber weniger die hohen Exporte, sondern vor allem die fehlende private wie öffentliche Binnennachfrage sowie die aufgrund einer übertriebenen Sparpolitik fehlenden privaten wie öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik.

Deshalb setzen wir auf eine Stärkung des Binnenmarkts durch einen höheren Mindestlohn, höhere Löhne, gute Arbeit, eine Steuerreform, die die unteren 95 % der Einkommen entlastet ohne zu Steuerausfällen zu führen, sowie durch öffentliche Investitionen in die Infrastruktur (Klimawandel, Digitalisierung, Schule und Bildung, Mobilität). Und wir setzen auf gemeinsame europäische Investitionen in eine klimagerechte Zukunft.

In dem Zusammenhang sei der Hinweis auf das grundsätzlich immer noch gültige Stabilitätsgesetz erlaubt, das in § 1 festschreibt: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und **außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“

Zwei maßgebliche Stellen aus dem SPD-Regierungsprogramm zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen:

„Auch die europäische Landwirtschaft als einer der größten Treibhausgasemittenten muss einen Beitrag leisten, weg von der Flächenförderung, hin zu einer Förderung, die an Kriterien für Klima, Natur- und Umweltschutz und Tierwohl gebunden ist.“

„Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür soll der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden. Handelspolitische Maßnahmen auf einer werteorientierten Basis haben immer die Interessen der Partner mit im Blick, insbesondere die der weniger entwickelten Länder. Deshalb werden wir auch insbesondere kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft fördern. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, werden wir die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter\*innen von Gewerkschaften wie auch der Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen.“

Erlauben Sie mir abschließend zwei kleine Klarstellungen:

- Der Höchstwert des Leistungsbilanzüberschusses ist nicht im EU-Vertrag festgeschrieben. Richtig ist aber, dass seit 2010 im Rahmen des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens (MIP), im Rahmen des so genannten Europäischen Semesters in der EU jährlich ein Verfahren zur Prävention und Korrektur von riskanten makroökonomischen Entwicklungen durchgeführt wird. Die Leistungsbilanz ist dabei, neben z. B. Kreditvergabe und Arbeitslosigkeit, ein Kriterium von mehreren (vgl. [Glossar | Deutsche Bundesbank](#)).
- Im Vergleich zu Kraftfahrzeugen, Maschinenbau, chemischen Produkten, Datenverarbeitung, pharmazeutischen Erzeugnissen und elektrischen Ausrüstungen spielt die Landwirtschaft bei den deutschen Exporten eine relativ geringe Rolle.